

Nachdem die Haushaltseinbringung vor Weihnachten mit den dargebotenen Informationen und Zahlen aus Zeitgründen leider unmöglich umsetzbar war, holen wir dies heute zeitnah im neuen Jahr 2024 nach. Auch jetzt wurde noch bis zur letzten Minute gearbeitet, damit die Einbringung dieses, besonderen, genehmigungsfähigen Haushalts überhaupt möglich ist.

Der Gemeindevorstand hat den Entwurf mit den dazu gehörenden Anlagen heute festgestellt. Vorausgegangen war die Vorerörterung der Eckpunkte und auch des Investitionsprogrammes in dessen letzten Sitzungen. Auch die Mitglieder der Gemeindevertretung haben im Dezember bereits eine Übersicht mit den voraussichtlichen Haushaltseckpunkten erhalten, die Grundlage für die Haushaltsplanung und vor allem der Realsteuerhebesätze waren.

Die Vorlage der Unterlagen erfolgt ausschließlich digital über Internet basierende Anwendungsprogramme. Das ist zum einen auf der Homepage und im sd.net – die Software unseres Ratsinfosystems, wo wir die wesentlichen Bestandteile des Haushaltes bereitstellen werden. Dies ersetzt die seitherige Zusammenfassung, die als Papiausdruck an alle verteilt wurde. Zum anderen ist das IKVS – die neue Plattform, die im letzten Jahr erstmals eingesetzt wurde. Diese macht interaktive Haushaltsauswertungen möglich und wir nutzen sie für die Bereitstellung des Haushaltsentwurfs. Eine Verlinkung befindet sich im Laufe des morgigen Tages auf unserer Gemeindehomepage. Hierzu haben alle letztes Jahr Zugangsdaten bekommen. Sofern Probleme in der Handhabung entstehen, hilft Fredi Balonier vom Fachbereich Finanzen gerne weiter. Darüber hinaus erhält jede Fraktion wie seither ein Exemplar des Haushaltes auf Kostenstellenebene als Papiausdruck.

Damit komme ich nun zur eigentlichen Vorstellung des Zahlenwerkes und beginne mit dem

### **Ergebnishaushalt:**

Der vorliegende Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 schließt im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbedarf im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 957.629 € ab.

Erträgen von rund 16,58 Mio € (+ 455.000 €) stehen hier Aufwendungen von rund 17,54 Mio € (+ 560.000 €) gegenüber.

Ich möchte hier an die Rede meines Vorgängers von vor einem Jahr erinnern, als er von einem geplanten Defizit von knapp 860.000 € sprach, wovon wir schon wissen, dass es auf weit über eine Mio € gestiegen ist.

Ich zitiere aus der letztjährigen Rede:

„Die Inanspruchnahme [der Rücklagen] hilft uns, nicht nur den Haushalt 2023, sondern auch die geplanten negativen Ergebnisse der Folgejahre ausgleichen zu können, so dass kein erneutes Haushaltssicherungskonzept erforderlich wird. Trotzdem sind sehr schmerzhaft Maßnahmen erforderlich, um nicht noch tiefer abzurutschen. Dazu gehört vor allem die erneute Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B um weitere 60 Prozentpunkte auf 520 %. Wir erreichen damit den aktuellen Landesdurchschnitt, der in 2023 sicher auch weiter steigen wird. Die Erhöhung ist notwendig, um das Defizit nicht weiter ausufern zu lassen und den Haushaltsausgleich unter Einsatz der Rücklagen gewährleisten zu können.“

Leider ist es noch schlimmer gekommen als von Uwe Olt befürchtet.

Schauen wir uns die wesentlichen Erträge etwas genauer an:

- Die Einkommenssteueranteile mit rd. 4,27 Mio € (+ 185.000 €)
- Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen mit rd. 3,68 Mio € (- 150.000 €)
- Die Einnahmen aus Gebühren mit rd. 3,04 Mio € (- 10.000 €)
- Die Gewerbesteuer mit rd. 1,51 Mio € (- 75.000 €)
- Die Grundsteuer A und B mit rd. 1,44 Mio € (+ 550.000 €)
- Zweckgebundene (nichtinvestive) Zuweisungen mit rd. 930.000 € (- 20.000 €)
- Die Auflösung von Sonderposten mit rd. 540.000 € (- 80.000 €)

Die den Haushalt tragenden Planzahlen zur allgemeinen Finanzwirtschaft basieren im Wesentlichen auf dem Erlass des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport mit den jährlich bekannt gegebenen Orientierungsdaten. Diesen Planzahlen haben wir auch dieses Jahr wieder insbesondere bei den Einkommenssteueranteilen und bei der Gewerbesteuer sehr optimistische Ausgangswerte zugrunde gelegt, so dass die Erreichung der Planansätze alles andere als sicher ist. Bestandteil der Planung sind auch die bereits besprochenen Erhöhungen der Realsteuerhebesätze.

Dem stehen folgende wesentliche Aufwendungen gegenüber:

- für Kreis- und Schulumlage und Rückstellungen rd. 5,76 Mio € (+ 110.000 €)
- für Personal (inkl. Versorgung) rd. 4,19 Mio € (+ 410.000 €)
- für Sach- und Dienstleistungen rd. 3,25 Mio € (- 200.000 €)
- für Zuweisungen und Zuschüsse rd. 2,37 Mio € (+ 110.000 €)

(dies sind im Wesentlichen die Zuschüsse an die kirchlichen Kita-Träger und die Müllgebühren, die an den MZVO als Zuweisung weitergeleitet werden)

- für Abschreibungen rd. 1,20 Mio € (+ 120.000 €)

Die Kreis- und Schulumlage basiert auf einem Gesamthebesatz von 57%, in der Hoffnung, dass es da nicht auch noch zu einer Erhöhung kommt. Die deutliche Erhöhung bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen resultiert aus der eingerechneten Tarifsteigerung (Sockelbetrag 200 € + 5,5% Lohnerhöhung mindestens 340 €) zzgl. Zulagen und Umwandlungstagen sowie durch die Rückstellungsentwicklungen nach dem Planungsgutachten der VK Darmstadt und für die Altersteilzeit.

Die Verbesserung bei den Sach- und Dienstleistungen resultiert einzig aus Ansatzreduzierungen in allen Bereichen des gemeindlichen Haushalts.

Weitere Problemfelder sind der Fachkräftemangel in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, die Substanzerhaltung der Grundinfrastruktur (Straßen, Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung) sowie die immer schlechter werdende kommunale Finanzausstattung durch Bund und Land. Wie heißt es doch so schön „ohne Moos nichts los“ dies könnte den diesjährigen Haushalt der Gemeinde nicht besser beschreiben. Fehlende staatliche Unterstützung bedeuten aber leider auch Steuererhöhungen für die Bürger und ein Verwalten anstelle von Gestalten. Leben vom Werteverzehr und keine Möglichkeit zur Beachtung der Generationengerechtigkeit. Vieles bleibt auf der Strecke z.B. das in den letzten Jahren ganzheitliche erstellte Infrastrukturkataster, das jährlich 300.000 € für die Straßeninstandsetzung und -unterhaltung vorsah. Hiervon ist nur ein Bruchteil im diesjährigen Haushalt veranschlagt, um auf das Nötigste reagieren zu können. Gleiches gilt, für das in die Jahre gekommene Wasser- und Abwassernetz der Gemeinde, hier ist ebenfalls ein steigender Sanierungs- und Erneuerungsbedarf zu erkennen. Die Mängelliste könnte noch fortgeführt werden und zeigt vor welchen Herausforderungen die Gemeinde und ihre Einwohner in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stehen.

Immer weiter auf dem Weg nach oben sind zudem die Kosten für die Kinderbetreuung, was sich sowohl bei den Zuweisungen an die kirchlichen Träger als auch beim eigenen Personalaufwand bemerkbar macht. Der Gesamtzuschussbedarf von 2,58 Mio € (+ 325.000 €) zeigt einmal mehr dessen zentrales Ausgabengewicht für den Haushalt unserer Gemeinde und verdeutlicht die dringende Notwendigkeit für eine bessere Finanzausstattung durch den Gesetzgeber.

Letztendlich bedeutet dies aber nichts anderes, dass künftig ein noch größeres Bewusstsein für den damit verbundenen Finanzierungsbedarf geschaffen werden muss, den es sowohl

über zweckgebundene (Gebühren) als auch über allgemeine (Grundsteuer) Einnahmen zu decken gilt, wenn wie bereits beschrieben die Bundes- und Landesmittel ausbleiben.

Zur Verdeutlichung der schwierigen Haushaltslage, möchte ich Folgendes anführen:

In der diesjährigen Planung werden in den Jahren 2023 bis 2026 Fehlbedarfe im ordentlichen Ergebnis in Höhe von zusammen 2,37 Mio € ausgewiesen. Nur mit Verwendung der vorhandenen Rücklage, einer etappenweisen Erhöhung bei den Grundsteuern verteilt über den kompletten Planungszeitraum sowie Anhebung der Gewerbesteuer gelingt es 2027 einen Überschuss zu erzielen. Die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses wird bis Ende 2027 auf nur noch rund 220.000 € abschmelzen.

Kommen wir nun zum **Finanzhaushalt**:

Der Finanzhaushalt weist einen Finanzmittelüberschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 290.000 € aus. Insofern können die Tilgungsleistungen in Höhe von 170.000 € erwirtschaftet werden und führt zu einem genehmigungsfähigen Finanzhaushalt.

Zum Jahresende 2023 haben wir den Zahlungsmittelbestand von 1,6 Mio € ermittelt, basierend auf einer Hochrechnung, bei der notwendige Mittelübertragungen für noch nicht abgeschlossene Bauvorhaben, Sonderposten für den Gebührenaussgleich und weitere Zahlungsverpflichtungen (z.B. die Spitzabrechnung der Kreis- und Schulumlage 2023 die Ende Januar 2024 fällig wird) berücksichtigt wurden. Dies zeigt die knappen Ressourcen für den laufenden Haushalt, sowie anstehende Investitionsmaßnahmen.

Hier ein kurzer Umriss des **Investitionsprogramms**:

Der Finanzierungsbedarf im Jahr 2024 liegt bei rund 2,37 Mio. € und ist gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,07 Mio. € gesunken. Dies hängt damit zusammen, dass die Großprojekte wie der Kindergartenneubau im OT Seckmauern oder die Erneuerung der Brücke am Jocksberg so gut wie abgeschlossen sind. Zudem konnten die eingeplanten Vorhaben zur Krisenvorsorge nach Neubewertung der Sachlage in veränderter Form bzw. auch kostengünstiger berücksichtigt werden. Zur weiteren Reduzierung des Finanzierungsbedarfs trugen auch der Wegfall oder die zeitliche Streckung/Verschiebung von Investitionen und die Veranschlagung von Fördermitteln zur energetischen Sanierung bei. Hier ist aber zu beachten, dass die Finanzierung von manchen Vorhaben nicht mehr gegeben ist, wenn diese Förderungen ausbleiben und die Gemeindevertretung dann im

Einzelfall über deren Umsetzung entscheiden muss. Die betroffenen Vorhaben wurden mit einem Sperrvermerk gekennzeichnet.

Schwerpunkte des diesjährigen Investitionsprogramms sind demzufolge die energetische Sanierung von gemeindlichen Liegenschaften, die Erweiterung bzw. Erneuerung des Fuhrparks in den Bereichen Bauhof und Feuerwehr, der Austausch der Atemschutzgeräte der Feuerwehr, der weitere Ausbau von Betreuungsangeboten im Kindergartenbereich durch den Ankauf von Containern sowie der geplanten Übernahme der ev. Kita im Ortsteil Lützel-Wiebelsbach, Infrastrukturmaßnahmen in den Bereichen Straßen/Wasser/Abwasser sowie der weitere Ausbau der Breitbandversorgung.

Das aktuelle Investitionsprogramm mit all seinen Facetten führt dazu, dass der Kreditbedarf bis zum Ende des Planungszeitraums auf ein Gesamtvolumen von rund 3,48 Mio. anwachsen wird.

Nicht abgebildet ist der mögliche Rückkauf der nicht veräußerten Grundstücke im Neubaugebiet in Seckmauern. Die Nachfrage ist aufgrund des Zinsanstieg rapide gesunken. Diese nicht veräußerten Grundstücke müssen dann nämlich durch die Gemeinde vom Projektierer zurückgekauft werden. In Anbetracht der immer schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen kann dies zu einem Kraftakt für die Gemeinde werden. Daher gilt es die Ausweisung weiterer Baugebiete zu überdenken.

### **Mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung:**

Auf Grundlage, der vom Land Hessen bekanntgegebenen Orientierungsdaten gelingt es den Haushaltausgleich im Jahr 2027 nur unter Einbezug von stufenweisen Grundsteuererhöhungen darzustellen.

Die Grundsteuer A wird bis 2027 auf 700% und die Grundsteuer B auf 1150% anwachsen. Für die Einwohner der Gemeinde ein trostloses Szenario, da man bedenken muss, dass die mittelfristige Ergebnisplanung nur die derzeit bekannten größeren Instandhaltungsmaßnahmen in den verschiedenen Produktbereichen enthält und kaum Spielraum für Unvorhergesehenes besteht. Hier muss zwingend auf Landes- und Bundesebene eingelenkt werden und die Kommunen müssen eine deutlich bessere finanzielle Versorgung erhalten, damit dieses trostlose Szenario abgewendet werden kann.

## Stellenplan

Der Stellenplan 2024 weist gegenüber dem Vorjahr im Gesamtsaldo eine Erhöhung der Stellen aus. Diese verteilen sich auf die Bereiche Verwaltung, Bauhof und Kitas. Diese zusätzlichen Stellen sind aber fast ausschließlich Ausbildungsstellen und sollen dem herrschenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Außerdem wurden qualitative Veränderungen im Bereich der Verwaltung und vorsorgliche qualitative Veränderungen im Bereich des Bauhofes als evtl. Ergebnis des neuen Tarifvertrages zur Eingruppierung von handwerklich tätigen Mitarbeitern berücksichtigt.

### Schließlich noch zur **Haushaltssatzung**:

Wie bereits im Dezember besprochen müssen die Hebesätze bei der Grundsteuer A auf 500 %, bei der Grundsteuer B auf 850 % und die Gewerbesteuer auf 390 % angehoben werden. Der Liquiditätskreditrahmen bleibt unverändert bei 750.000 €, um flexibel agieren zu können.

### Kommen wir zu den **Schlussbemerkungen**:

Mit dem Haushalt 2024 müssen wir leider einen weiteren Schritt in die falsche Richtung gehen. Immer weiter steigende Kosten, zusätzliche von oben verordnete Aufgaben und Standards gepaart mit teils übertriebener Bürokratie ohne entsprechende Entlastungen oder finanzielle Zuweisungen belasten den Haushalt über alle Maßen. Am Ende bleibt einzig der Weg zur Bewältigung all dessen, dem Bürger in die Tasche zu greifen, und durch Abgabenerhöhungen zu holen, was Bund und Land „großmütig“ verteilen. Und wir sind hier auch kein Einzelfall. Die Kommunen landauf und landab kommen nicht um drastische Erhöhungen ihrer Hebesätze herum, um überhaupt noch handlungsfähig zu bleiben.

Ich hatte mir erhofft, dass mein erster Haushalt nicht gleich unter solch schlechten Voraussetzungen aufgestellt werden muss. Ich hätte mir gewünscht, dass wir nicht überall einen Rotstift anlegen müssen. Leider ist momentan zu Vieles fremdbestimmt, was unseren Haushalt stark belastet. Wir wissen auch nicht, wie es weiter geht. Es bleibt die Hoffnung, dass die neue Landesregierung ihrer Ansage Folge leistet und die Kommunen zukünftig finanziell besser ausstattet. Zudem hoffe ich, dass für die Planung der Folgejahre die Aussage „Papier ist geduldig“ zutrifft. Unabhängig davon gilt es für uns gemeinsam, trotz dieser Unwägbarkeiten, alles zu tun, um unsere Gemeinde auf Kurs zu halten. Hier sind wir

alle gemeinsam gefordert, alle Mitarbeiter der Gemeinde, sowie die Gemeindegremien. Nur zusammen können wir unsere Zukunft positiv gestalten.

Nunmehr bringe ich den Entwurf des Gemeindehaushaltes 2024 mit allen Anlagen zur Beratung ein. Ich verbinde dies mit einem Dank an die mit der Zusammenstellung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hier vor allem an der Spitze Michael Weyrauch, und stehe gemeinsam mit diesen den Fraktionen gerne für ergänzende Auskünfte zur Verfügung.